

Die vergessene Nation

Wendestimmung: Die Osteuropa-Forschung hat die Ukraine viel zu lange vernachlässigt

Die Schockwellen des Krieges haben die Hochschulen nur mit wenig Verspätung erreicht. Schon vor dem Semesterstart war an der Universität Heidelberg von Spannungen zwischen Russen und Ukrainern zu hören, die, der Campus war da noch leer, in den sozialen Medien ausgetragen wurden. Besonders hoch schlugen die Wellen beim vom ukrainischen Botschafter boykottierten Friedenskonzert in Schloss Bellevue, das als Versöhnungskitsch wahrgenommen wurde. Inzwischen hätten sich die Gemüter beruhigt, meint der Vorsitzende des Studierendenrats Peter Abelmann, zumal sich russische Studenten und Doktoranden in einem offenen Brief mit der Ukraine solidarisierten.

Etwas anderes scheint sich grundlegend verändert zu haben. Die grundpazifistische Verfassung der Studentenschaft, sagt Abelmann ohne einen Moment des Zögerns, sei nicht nur ins Wanken geraten, sondern regelrecht umgestürzt. Im vergangenen Jahr habe der Studierendenrat noch eine Friedensklausel in die Universitätsordnung hineinschreiben wollen, heute diskutiere man in den Arbeitskreisen offen über Waffenlieferungen, bis vor Kurzem ein Tabuthema.

Den Wandel verschlafen zu haben wird der Osteuropa-Forschung schon seit Längerem vorgeworfen. Die einseitige Konzentration auf Russland habe zur Verfestigung von Klischees über die Ukraine geführt, die von der russischen Propaganda genüsslich verbreitet worden seien. Auf nüchterne Beobachter mögen Putins Hassreden gegen die ukrainischen Faschisten an den Haaren herbeigezogen wirken. Wer jahrelang unter dem russischen Propagandaschirm gelebt hat oder in Putin wahlweise den Erlöser von westlichen Übeln oder den Nachlassverwalter der sozialistischen Utopie sieht, wird das anders sehen.

Fortdauernde Dominanz der russischen Perspektive

Die Heidelberger Ukraine-Forscherin Tanja Penter hat die russozentrische Optik der Osteuropa-Geschichte einschließlich ihrer politischen Folgen schon während des Euromaidans kritisiert. Ein prominentes Beispiel ist Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt, der 2014, kurz nach der Annexion der Krim, die Ukraine zum Staat ohne Nation erklärte. Wie sehr die deutsche Russlandpolitik von einem schiefen Geschichtsbild in die Irre geleitet wurde, muss erst noch erforscht werden. In der Osteuropa-Geschichte meint Penter eine gewisse Öffnung zu erkennen, aber auch heute noch werde etwa die Oktoberrevolution in den deutschen Schulen und Universitäten oft nur mit Blick auf Moskau und Sankt Petersburg behandelt. In der Ukraine sei sie, was wenig bekannt sei, auch eine nationale Erhebung gewesen, die auf die im neunzehnten Jahrhundert gewachsene Nationalbewegung habe aufsetzen können. Wenn Putin in seiner Brandrede vom 24. Februar meinte, die nationale Eigenständigkeit der Ukraine mit einer Rückblende ins Mittelalter weginterpretieren zu können, dann ist das im Prinzip leicht zu widerlegen, was deutsche Historiker auch getan haben (F.A.Z. vom 2. und 19. März).

Der Widerspruch zum vorherrschenden Geschichtsbild verdankt sich nicht zuletzt der Gründung einer ukrainisch-deutschen Historikerkommission im Februar 2015, die das Profil der Ukraine mit einer beachtlichen Zahl von Publikationen geschärft hat und sich kritisch zu Wort meldete, wenn die Ukraine unter dem breiten Mantel der sowjetrussischen Geschichte versteckt wurde. Dass sich trotzdem nur wenig verändert hat, ist umso erstaunlicher, als die Bedingungen seit der Öffnung der Geheimdienst-Archive durch die Regierung in Kiew für Historiker geradezu paradiesisch waren. Wenn sich der Zugang zu den russischen Archiven absehbar schließt, wird man wohl automatisch stärker als bisher auf die neuen Quellen zurückgreifen. Es wäre dann auch

zu untersuchen, meint Penter, inwieweit neben Ukrainern und anderen Nichtrussen auch Russen seinerzeit mit den Nazis kollaborierten. Ein Desiderat sei auch, die deutschen Besatzungsverbrechen zu erforschen, die bis zur Vernichtung ganzer Ortschaften einschließlich deren Bevölkerung reichten. Und schließlich ist die weiter einflussreiche Behauptung zu prüfen, die Ukraine zerfalle kulturell in einen westlichen und östlichen Teil, die sich nach Europa beziehungsweise nach Russland streckten. Nach der Erfahrung von Penter, die eine Monographie über den Donbass geschrieben hat, ist das Land nach der Sowjetzeit immer stärker zusammengewachsen und bilde heute trotz sprachlicher Unterschiede eine kulturelle Einheit. Man darf nicht vergessen, dass 1991 auch im russischsprachigen Donbass die Mehrheit der Bevölkerung für die Zugehörigkeit zur Ukraine gestimmt hat.

Nationalistische Töne in der ukrainischen Geschichtsschreibung

Gewiss gibt es nationalistische Töne in der ukrainischen Geschichtsschreibung, was damit zusammenhängt, dass diese nach dem Systemsturz von 1991 synchron mit dem ukrainischen Nationalstaat entstand. Die Historiker standen damals vor der Aufgabe, die Überschreibungen und Auslassungen der Sowjetzeit zu revidieren. Je stärker sich die Ukraine in den folgenden Jahren gegen äußeren Druck behaupten musste, desto mehr geriet die Geschichtsschreibung in den Sog der Politik. Unter Petro Poroschenko nahm sie verklärende bis autoritäre Züge an. Per Gesetz wurde verboten, das Ansehen von nationalen Widerstandshelden zu beschädigen, auch wenn deren Biographien Schattenseiten hatten. 2019 folgte ein Erlass, der Publikationen in russischer Sprache faktisch verbot. Auch diese zweifellos überzogenen Maßnahmen sind im Kontext des Krieges zu sehen. Kurz zuvor hatte sich Putin ungefragt zum Schutzherrn der russischsprachigen Ukrainer erklärt.

In der Praxis sei das Geschichtsgesetz folgenlos geblieben, sagt Penter. Man habe zu jeder Zeit frei forschen können. Auch der Austausch mit ukrainischen Kollegen über geschichtspolitisch brisante Themen sei jederzeit möglich gewesen. Das betreffe selbst den Holodomor, die von Stalin verursachte Hungersnot von 1932/33, die 3,5 Millionen Ukrainern das Leben kostete. Im Unterschied zu ihren ukrainischen Kollegen stuften die deutschen Mitglieder der Kommission den Holodomor nicht als Genozid ein.

Ungleiche Aufarbeitung der Totalitarismen

Es bestehe zwar kein Zweifel, dass er von Stalin als politische Waffe verwendet wurde, aber die Absicht zum Völkermord lasse sich nicht klar belegen. Es wäre heute aber aussichtslos, mit der russischen Geschichtswissenschaft eine solche Diskussion überhaupt zu führen.

Beim Ausbruch dieses seltsam anachronistischen Krieges war Tanja Penter erschrocken über die Wirkmacht der Geschichtsbilder. Wie kann es Putin gelingen, mit antifaschistischen Parolen aus dem Großen Vaterländischen Krieg noch heute sein Volk zu mobilisieren oder zumindest zum Stillhalten zu zwingen? Die gleiche Frage stellt sich manchen deutschen Politikern und Intellektuellen. Ein tieferer Grund mag darin liegen, dass die Historiographie der beiden Totalitarismen des zwanzigsten Jahrhunderts, des Nationalsozialismus und des Stalinismus, eher unverbunden nebeneinanderher läuft und nur Ersterer Eingang in die europäische Gedenkkultur gefunden hat. Der im nationalen Gedächtnis der Ukraine tief verankerte Holodomor spielt dort beispielsweise kaum eine Rolle. Auf all diese Versäumnisse wurde schon oft hingewiesen. Der Unterschied zu früher ist, dass man es nicht mehr überhören kann. THOMAS THIEL